

Forum Eine Welt

Antrag zum Bezirksparteitag der SPD Hessen Süd 2021

### **Kinderarbeit bekämpfen**

2021 ist das von der UN ausgerufen internationale Jahr zur Beseitigung von Kinderarbeit.

Grundlage ist die Menschenrechtskonvention, die ILO Kernarbeitsnormen, die Kinderkonvention und das zweiten Fakultativprotokoll der Kinderkonvention gegen Kindersoldaten und die Agenda 2030.

Am 12.2. jeden Jahres begehen wir den „Red Hand Day“, der auf die Situation von Kindersoldaten hinweist, - 250.000 weltweit.

Weltweit wurde in den letzten 20 Jahren die Kinderarbeit um 94 Millionen dezimiert. Von 246 Millionen im Jahr 2000 auf 152 in 2020. Dieser Fortschritt ist in Gefahr.

UNICEF und ILO warnen, dass über 80 Millionen Kinder (bis Ende 2020) wieder in Kinderarbeit gedrängt werden könnten. Vielen Familien bricht durch die Pandemie die Arbeit weg, die Eltern greifen auf Kinderarbeit zurück, wenn sie nicht unterstützt werden.

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für folgende Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarbeit einzusetzen:

1. Der Kooperationsfonds des BMZ, der auf Kakaoplantagen in Honduras und Ghana und in Steinbrüchen in Indien und im Kongo Kinderarbeit bekämpfen hilft, wird erweitert um allgemeine Maßnahmen, die Kinderarbeit verhindern helfen können. Dieser Fonds muss mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Zusammen mit der Unterstützung für das „ Forum Kakao“ und des Bündnisses „Nachhaltige Textilien“ sowie den Projekten gegen Kinderarbeit in Burkina Faso sind gute Ansätze vorhanden, die aber ausgeweitet werden müssen. Angesichts der Verheerungen, die die Corona-Pandemie anrichtet, muss die Bekämpfung von Kinderarbeit ein Schwerpunkt werde.
2. Die SPD muss sich im Bundestag für eine Vergabegesetzgebung einsetzen, die bei öffentlichen Ausschreibungen das Kriterium „keine Kinderarbeit“ beinhaltet.

3. Der Aktionsplan des BMZ „Agents of Change“ von 2017 muss weitergeführt und ausgeweitet werden. Dieser Plan stärkt die Kinderrechte weltweit.
4. Dringend im Zusammenhang der Bekämpfung von Kinderarbeit ist ein verbessertes Lieferkettengesetz, das die komplette Lieferkette und einen erweiterten Kreis der verpflichteten Unternehmen enthält.
5. Die SPD Bundestagsfraktion muss sich weltweit für verbesserte soziale Absicherung, für faire und existenzsichernde Löhne und faire Arbeitsbedingungen für Erwachsene einsetzen. Außerdem müssen arme Familien leichter Zugang zu Krediten bekommen.
6. Weltweit müssen Schulgebühren abgeschafft werden, damit auch Kinder armer Familien die Schule besuchen können. Ein verbesserter Zugang zu Bildung bedeutet eine bessere Perspektive für das Leben.

#### Begründung:

Derzeit können Millionen Kinder in 130 Ländern nicht in die Schule gehen. Kinderarbeit nimmt zu, wenn Schulen wegen der Pandemie geschlossen sind. Laut BMZ gehen derzeit 340 Millionen nicht in die Schule, laut UNESCO werden 24 Millionen nicht in die Schule zurückkehren, weil sie arbeiten.

Weltweit arbeiten 152 Millionen Kinder, also jedes 10. Kind zwischen 5-17 Jahren. Mehr als 70 Millionen unter ausbeuterischen und gefährlichen Bedingungen. Sie arbeiten in der Landwirtschaft, auf Kakaopflanzungen, in Minen, in Haushalten und sie werden sexuell ausgebeutet und zur Prostitution gezwungen. Oft sind sie entführt worden und sind Zwangsarbeiter, die unter unwürdigsten Bedingungen ausgebeutet werden. Schulbesuch findet nicht statt.

In Konfliktzonen kommt es übermäßig häufig zu Kinderarbeit. Es sind oft Waisen, die sich selbst durchschlagen müssen. Menschen in Krisengebieten bekommen nur unzureichende Versorgung, weil humanitäre Hilfe nicht ankommt.

Armut und Jobverlust führt zu mehr Kinderarbeit. Man rechnet bei Anstieg der Armut um 1% mit Anstieg der Kinderarbeit um 0,7%.

Was das in Zeiten von Corona bedeutet, kann man sich ausmalen.

Gegenmaßnahmen sind also dringend erforderlich. Wir müssen eine globale Weltsozialpolitik entwickeln. Wenn wir die Agenda 2030, die Sustainable Development Goals der UNO, ernsthaft umsetzen, kann dies gelingen.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) fordert:

„Soziale Sicherung ist in Krisenzeiten unabdingbar, da sie die am stärksten benachteiligten Familien unterstützt. Es macht einen entscheidenden Unterschied, wenn Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarbeit übergreifend in die Bereiche der Bildung, des Sozialschutzes, der Justiz, der Arbeitsmärkte und der internationalen Menschen- und Arbeitsrechte integriert werden.

Nur ein Lieferkettengesetz, das die ganze Lieferkette umfasst und Sanktionen und Schadenersatz für Geschädigte vorsieht, kann auch gegen Kinderarbeit helfen. Kinderrechte müssen ausdrücklich im Lieferkettengesetz verankert werden.

„Kinder leiden unter einer Vielzahl unterschiedlicher Rechtsverletzungen im Kontext globaler Geschäftstätigkeiten und Lieferketten. Zahlen Unternehmen keine existenzsichernden Löhne an die Eltern, hat dies auch unmittelbare Auswirkungen auf die Kinder, zum Beispiel, wenn Eltern nicht für Gesundheitsleistungen oder Bildung aufkommen können oder die Kinder unter Mangelernährung leiden“.

(Positionspapier von September 2020 zu Kinderarbeit von sieben NGOs u.a. Plan International e.V.)